

Beschluss des Landesvorstands der NRWSPD vom 07.06.2019

1 Liebe Malu, liebe Manuela, lieber Thorsten,

2 zuerst einmal möchten wir uns als NRWSPD herzlich bei euch bedanken, dass ihr in
3 diesen schwierigen Zeiten für uns gemeinsam Verantwortung übernehmt.

4 Wir begrüßen den Ansatz, die Gliederungen der Partei aufzurufen, Vorschläge für das
5 weitere Vorgehen zu machen. Dazu schlagen wir vor:

- 6 • Wir wissen, wir brauchen Zeit zur inhaltlichen Beratung, Entscheidung und
7 befürworten daher den Parteitag im Dezember 2019.
- 8 • Wir wollen Euch in Autorität und Führung stärken für ein starkes
9 Verhandlungsmandat gegenüber der Union.
- 10 • Wir fordern die frühzeitige Einbeziehung der Mitglieder auch bei
11 Personalfragen.
- 12 • Die Evaluierung der GroKo muss auf dem Parteitag erfolgen und Befürworter
13 und Kritiker gleichwertig einbeziehen.

14 Wir sind darüber hinaus überzeugt: Die Probleme der Sozialdemokratie gehen weit
15 über Personal- und Organisationsfragen hinaus – sie sind vielschichtiger und sehr viel
16 tiefgehender. Eines davon ist die massiv verloren gegangene Glaubwürdigkeit im
17 Zusammenhang mit dem uns abhanden gekommenen einzigartigen und
18 unverwechselbaren Profil. Beides erlangen wir nur zurück, wenn wir wieder eine
19 schlüssige Vorstellung von der Zukunft unserer Gesellschaft haben und diese kraftvoll
20 vertreten.

21 Wir als NRWSPD sind der festen Überzeugung, dass uns wochenlange
22 Strategiedebatten, Strukturfragen oder Erneuerungsphrasen nicht mehr weiterhelfen.

23 Das Ziel der Sozialdemokratie war immer: Das bessere Morgen. Wir wollen den
24 Fortschritt gestalten. Einen Fortschritt, der nicht mehr Macht oder mehr Reichtum für
25 Wenige bedeuten darf, sondern zu sozialem Fortschritt für alle werden muss. Diesen
26 Anspruch haben wir aus den Augen verloren.

27 Mit und für uns muss wieder gelten: Mit uns zieht die neue Zeit!

28 Wir sollten ehrlich mit und zu uns sein: Es war unser gemeinsames Versprechen neben
29 der Regierungsarbeit in der Großen Koalition die Position von Rot-Pur zu entwickeln,
30 und unsere Vision wieder erkennbar zu machen. Erkennbar wird aber eine Vision nicht,
31 wenn wir bei den Einzelthemen den Kompromiss bereits gleich mit einbauen. Wir
32 sprechen über die Bedürftigkeitsprüfung, aber eigentlich wollen wir doch eine Rente,
33 die die Lebensrisiken eines jeden einzelnen absichert. Wir wollen die zahlreichen
34 Ungerechtigkeiten unseres Steuersystems wirksam bekämpfen und insbesondere die
35 Umverteilung von unten nach oben stoppen, aber wir reden davon, dass der Soli für

36 die oberen 10% nicht abgeschafft wird. Die Aneinanderreihung von einzelnen
37 Maßnahmen ergibt noch kein Konzept, sondern wirkt wie Stückwerk ohne großes Ziel.

38 Daher konzentrieren wir uns hier in unserem Statement auf die Formulierung von Rot-
39 Pur und verharren nicht im Klein-klein des Regierungshandelns. Lasst uns daher
40 endlich wieder den großen Fragen unserer Zeit widmen und über den richtigen
41 inhaltlichen Weg streiten.

42 Wir sind fest davon überzeugt, dass die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit der
43 Schlüssel zu einer lebenswerteren Gesellschaft ist. Gleichere Gesellschaften führen
44 zu mehr Lebenszufriedenheit, geringeren Zukunftsängsten, weniger Kriminalität, einer
45 gesünderen Bevölkerung, besseren Bildungschancen, geringerer Arbeitslosigkeit und
46 größerem wirtschaftlichen Erfolg.

47 Und doch ist der Zweck eines modernen Sozialstaats nicht in erster Linie, Reichtum
48 umzuverteilen. Sein Zweck ist es, jedem Menschen soziale Rechte zu verleihen und
49 Zugang zu öffentlichen (Dienst-)Leistungen zu verschaffen, die es ihm ermöglichen,
50 ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

51 Selbstbestimmung ist die Fähigkeit, das Leben in die eigenen Hände zu nehmen.

52 Selbstbestimmung ist die höchste Form der Freiheit und steht dabei in klarer
53 Abgrenzung zum aktuellen Begriff der „Eigenverantwortung“, die das Leben von
54 Menschen allein der Logik des Marktes unterwirft. Wer jedes Risiko fürchten muss,
55 weil jeder Fehler und jedes Unglück zu einer existentiellen Bedrohung wird, kann
56 weder flexibel sein noch seine individuellen Möglichkeiten nutzen. Selbstbestimmung
57 ist nur möglich, wenn es ausreichend soziale Sicherheit gibt, die es erlaubt, etwas zu
58 wagen, Initiative zu ergreifen.

59 Deshalb haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer die liberale
60 Idee der Freiheit mit sozialer Emanzipation verbunden.

61 Wir erinnern uns noch gut an unsere Zukunftsversprechen – Aufstieg durch Bildung,
62 Arbeit, die sich lohnt, Absicherung im Alter.

63 Aber gelten diese Versprechen heute noch, wenn die Herkunft mehr über deine
64 Zukunft aussagt als deine Persönlichkeit? Und dass gute Bildung von der Kita bis zur
65 (Hoch-)Schule vom Geldbeutel deiner Eltern abhängt?

66 Lohnt sich harte Arbeit heute noch, wenn wir feststellen, dass die Reallöhne stagnieren
67 oder weiter sinken, dass Befristungen zunehmen, Leiharbeit und Werkverträge
68 Geschäftsmodelle geworden sind? Bietet unser Sozialsystem noch eine tatsächliche
69 Absicherung im Alter, in Notlagen oder im Krankheitsfall oder ist es mittlerweile statt
70 eines Absicherungsversprechens zu einem Abstiegsgespenst verkommen?

71 Wir sind überzeugt, dass wir neue Antworten geben müssen, damit unsere alten
72 Zukunftsversprechen in einer veränderten Welt wieder gelten. Dazu müssen sich nicht
73 unsere Versprechen ändern, sondern wir müssen die Verhältnisse verändern.

74 Dafür müssen wir auch mit falschen Glaubenssätzen brechen, die als
75 Sozialdemokraten von anderen übernahmen, die darum aber nicht richtiger wurden –
76 im Gegenteil. Es waren der falsche Glaube an den Markt, der es schon richten wird
77 und es war die Übertreibung der Eigenverantwortung des Einzelnen in einer Zeit der
78 Umbrüche, die am Ende wie ein Alleinlassen der Menschen wirkte.

79 Als erstes müssen wir dafür sorgen, dass der solidarische Staat wieder das
80 gewährleistet, was wir Menschen brauchen: Bezahlbares Wohnen, Mobilität in Stadt
81 und Land, bezahlbare Gesundheitsversorgung und gute Bildung.

82 Dafür müssen wir den Staat wieder als Akteur begreifen, der Regeln setzt.

83 Das heißt: Mehr Gemeinwohl, mehr Solidarität, Zeit für einen handlungsfähigen
84 Sozialstaat, Zeit für Rot Pur – hier sind unsere Ziele:

85 **Die SPD steht für eine gerechte Steuer- und Finanzpolitik**

86 • Wir stehen ein für ein gerechtes Steuersystem. Steuern sind kein Selbstzweck,
87 sondern die Basis für einen handlungsfähigen Staat. Gerechtigkeit beginnt nicht
88 beim Verteilen von Geldern, sondern bei den Einnahmen durch eine gerechte
89 Steuer- und Finanzpolitik.

90 • Wir wollen, dass der Grundsatz wieder gilt: Starke Schultern tragen mehr als
91 Schwache. Die Aussetzung der Vermögenssteuer und die drastische Senkung
92 des Spitzensteuersatzes haben die wirklich Reichen entlastet. Die
93 Einnahmehausfälle hat die große Mehrheit der Klein- und Mittelverdiener mit
94 der erhöhten Mehrwertsteuer aufgefangen: Wir stehen für eine Erhöhung des
95 Steuersatzes für sehr hohe Einkommen, für eine substantielle Erbschaftsteuer
96 für besonders hohe Erbschaften und eine wirklich Entlastung der unteren und
97 mittleren Einkommen und effektive Maßnahmen gegen den Steuerbetrug und
98 Steuerumgehung. Wir bekräftigen unsere Forderung nach einer Digitalsteuer
99 und einer Finanztransaktionssteuer. Unseren Impuls für den Umbau des
100 Steuersystems haben wir gemeinsam mit der SPD Hessen entwickelt, diesen
101 schicken wir euch anbei.

102

103 **Die SPD ist die Partei der Arbeit und der sozialen Sicherheit**

104 • Wir erneuern unsere derzeitigen Sozialsysteme hin zu echten
105 Sicherheitssystemen und nehmen dafür auch die Interessen und Erwartungen
106 der Soloselbständigen, Freiberuflerinnen und Crowdworker in den Blick. Wir
107 werden Hartz IV zu Gunsten einer Arbeitsversicherung und einer
108 bedarfsgerechten Grundsicherung abschaffen.

109 • Wir erneuern unser Rentensystem für alle Berufsgruppen und stellen eine
110 auskömmliche gesetzliche Rente wieder in den Mittelpunkt.

111 • Wir fordern entsprechend ihrer Qualität und Flexibilität die Leiharbeit höher zu
112 entlohnen als den Stammarbeitsplatz.

- 113 • Wir werden die beste Medizinische Versorgung und gute Pflege sicherstellen
114 und die Private Krankenversicherung zu Gunsten einer Bürgerversicherung
115 abschaffen.
- 116 • Wir wollen, dass alle Kinder in sozialer Sicherheit aufwachsen und sie alle
117 Teilhabe- und Bildungschancen unabhängig von ihrer Herkunft und vom
118 Einkommen ihrer Eltern wahrnehmen können. Wir wollen eine
119 Kindergrundsicherung einführen, um endlich die skandalöse Kinderarmut in
120 Deutschland wirksam zu bekämpfen. Alle bisherigen mit dieser Absicht
121 begonnenen Maßnahmen, wie z.B. das BuT, haben sich als nicht
122 ausreichend, nicht wirksam und nicht geeignet erwiesen.
- 123 • Lasst uns aus dem digitalen Wandel sozialen Fortschritt machen: Wenn unsere
124 Ökonomie produktiver wird, müssen wir dafür sorgen, dass diejenigen, die die
125 Profite erarbeiten, auch ihren ordentlichen Anteil daran haben. Deshalb fordern
126 wir eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.
- 127 • Wir fordern in Zeiten des digitalen Wandels einen Anspruch auf Weiterbildung
128 und Umschulung für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer.
129 Qualifizierungsmaßnahmen müssen gemeinschaftlich finanziert werden. Und
130 auch hier muss das Prinzip gelten, dass starke Schultern mehr tragen als
131 schwache.
- 132 • Wir setzen uns ein für die Entwicklung von Strukturprogrammen für Regionen,
133 die in besonderer Weise durch die digitale Transformation von Arbeit und
134 Wirtschaft betroffen sein werden.
- 135 • Wir stehen für den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft in Deutschland, dabei
136 geben die Ziele des Nachhaltigen Vierecks die richtigen Leitplanken;
137 Ökologische Nachhaltigkeit, Beschäftigungspolitische Nachhaltigkeit,
138 Nachhaltige Qualität der Arbeit (Gute Arbeit) und ein Nachhaltiges
139 Wirtschaftsmodell.
- 140 • Es ist jetzt Zeit für Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung, Klimaschutz,
141 moderne Infrastruktur und die Gestaltung des demografischen Wandels.
- 142 • Wir stehen für ein neues, alternatives Wirtschaftsmodell, das mehr
143 demokratischen Einfluss auf ökonomische Entscheidungen bietet, u.a. über
144 paritätische Mitbestimmungsrechte, und nicht Profit in den Mittelpunkt stellt,
145 sondern Nachhaltigkeit und die Menschen. Unsere Wirtschaft und Industrie
146 werden wir nur nachhaltig umbauen mit einer starken Mitbestimmung.

147

148 **Die SPD ist die Partei der Kommunen und der lokalen Demokratie**

- 149 • Politisches Handeln findet seinen Niederschlag zuallererst und sichtbar in den
150 Kommunen. Hier kommen die Bürgerinnen und Bürger als erstes in Kontakt
151 mit dem Staat und der Demokratie. Hier entsteht Heimat. Denn der Satz von

152 Johannes Rau hat an Gültigkeit nicht verloren: Die Kommunen sind der
153 Ernstfall der Demokratie!

- 154 • Wir fordern daher schnellstens einen Altschuldenfonds für hoch verschuldete
155 Kommunen, damit alle Kommunen den Negativkreislauf von Verschuldung,
156 mangelnden Investitionen vor Ort und zwangsläufig schlechterer
157 Lebensqualität beenden können. Wir brauchen eine echte Stunde Null für die
158 kommunalen Altschulden.
- 159 • Wir wollen die Mobilitätswende gestalten: Dazu müssen verschiedene
160 Verkehrsträger ausgebaut und vernetzt werden, weitere alternative Antriebe
161 gefördert werden, dass ein Umstieg vom Auto, zum Beispiel auf Rad und
162 ÖPNV möglich und attraktiv ist. Den öffentlichen Nahverkehr wollen wir als
163 zentrales Element der Daseinsvorsorge und der Mobilitätswende stärken.
164 Daseinsvorsorge darf sich nicht an Kosten bemessen.
- 165 • Kommunen fehlen häufig Grundstücke, um Neubauten zu errichten oder aber
166 es fehlen die finanziellen Möglichkeiten, um vorhandene Grundstücke wirksam
167 zu entwickeln. Wir fordern daher den Aufbau von Boden- und
168 Infrastrukturfonds für die Kommunen mit Hilfe des Landes und des Bundes.
169 Dies bedarf umfassender Regelungen gesetzlicher, finanzieller und
170 haushaltsrechtlicher Art, um auch finanzschwachen Kommunen einen Aufbau
171 von Bodenfonds zu ermöglichen, ohne ihre Investitionsfähigkeit zu
172 beeinträchtigen.
- 173 • Wir setzen auf freien Zugang zu Bildung: Wir wollen kostenfreie und qualitativ
174 hochwertige Bildung im gesamten Lebensverlauf – auch in Bezug auf
175 Lehrmittel und Bildungsmaterialien. Dafür werden wir massiv in den
176 Bildungsbereich auf allen Ebenen investieren.

177

178 **Die SPD steht für mehr Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und eine** 179 **zukunftsfähige Industrie**

- 180 • Vor uns liegt ein umfassender Transformationsprozess. Neben der
181 fortschreitenden Globalisierung und Digitalisierung wird vor allem die Abkehr
182 von fossilen Brennstoffen unsere Gesellschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts
183 tiefgreifend verändern. Die SPD kann und wird diesen Prozess aktiv und
184 umfassend gestalten. Von dem Gelingen dieser sozio-ökologischen
185 Transformation hängen unser Industriestandort und die Jobs der Zukunft für
186 Millionen Menschen ab. Es ist unsere Aufgabe, den Hebel zur klimaneutralen
187 Wirtschaft und Gesellschaft jetzt umzulegen. Nur die SPD ist in der Lage
188 Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und eine umweltgerechte Industriepolitik
189 durchzusetzen.

190

191 **Die SPD ist die Partei des Friedens und des solidarischen Europas**

192

- 193 • Wir wollen die als Wirtschafts- und Währungsunion gegründete Europäische
194 Gemeinschaft endlich zu einer Sozialunion weiterentwickeln. Dazu müssen
195 soziale Budgets – zum Beispiel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit –
196 eingeführt und Arbeitslosen- und Sozialsicherungssysteme gestärkt werden,
197 unter anderem über einen europäischen Mindestlohn. So stärken wir den
198 sozialen Zusammenhalt in Europa und mindern den Migrationsdruck auf die
199 Ruhrgebietsstädte und andere deutsche und europäische Metropolen.
- 200 • Wir lassen nicht zu, dass Antisemitismus, religiöser und weltanschaulicher
201 Extremismus, Radikalismus und Rassismus oder kurzum gruppenbezogene
202 Menschenfeindlichkeit zu einer akzeptierten Position werden. Den
203 Rechtsradikalen, die inzwischen im Bundestag, Landtagen und auch in vielen
204 kommunalen Parlamenten sitzen, bieten wir die Stirn.
- 205 • Die SPD muss wieder für Frieden und Abrüstung in Europa und der Welt
206 stehen. Wir wollen die nukleare Rüstungsspirale durchbrechen und uns für
207 eine weltweite Abrüstungspolitik einsetzen, zum Beispiel in Form eines
208 Verbots von Mittelstreckenraketen in Europa und klare Regeln für
209 Waffenexporte.
- 210 • Wir setzen uns ein für fairen Handel und sozialen Frieden – in Deutschland, in
211 Europa und der Welt. Europa mit seiner wirtschaftlichen Stärke sowie als
212 stabiler Raum des Friedens, der Freiheit und des Rechts muss seine enorme
213 Einfluss stärker nutzen, um unsere Regeln auf der Welt durchzusetzen und
214 darf die Gestaltung der Spielregeln nicht länger einem staatsautoritären China
215 oder einer turbokapitalistischen USA überlassen.
- 216 • Soziale Gerechtigkeit ist immer auch international. Es ist an uns, das von Willy
217 Brandt vor 40 Jahren initiierte Engagement der Nord-Süd-Kommission ernst
218 zu nehmen und umzusetzen. Nur international lässt sich auch dem
219 Klimawandel und seinen Auswirkungen begegnen. Wie auf nationaler Ebene
220 gilt auch hier: Klimaschutz ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und die
221 Stärkeren müssen die Schwächeren unterstützen, denn es geht um das
222 gemeinsame Überleben dieser und später Generationen auf der einen Welt.
- 223 • Die SPD steht für eine menschenrechtsfundierte Flüchtlingspolitik. Das
224 Sterben von Menschen auf der Flucht vor Kriegen, politischer Verfolgung und
225 sozialem Elend muss gestoppt werden. Die SPD wird als
226 Menschenrechtspartei konsequent die Ursachen für Flucht und Migration –
227 Kriege weltweite soziale Ungleichheit, Klimawandel – bekämpfen.

228 Die NRWSPD ist sich bewusst: Vor uns liegt ein langer Weg. Wir wissen, die Zeit
229 drängt, viel zu viel blieb zu lange liegen. Und wir wissen, dass es gemeinsam
230 gelingen kann. Hierfür muss sich die deutsche Sozialdemokratie ihrer Stärken

231 besinnen und ihrer Aufgaben für die Gesellschaft erinnern. Wir wollen die
232 bevorstehende Umwälzung unserer Partei und bevorstehende Umbrüche endlich als
233 Chance und Pflicht zum konsequenten Handeln begreifen. Die Sozialdemokratie war
234 nie Selbstzweck und dann stark wie geeint, wenn sie für andere Hoffnung und
235 Versicherung in Zeiten des Umbruchs war. Packen wir es an.